

## SoVD Hannover, 30.5.07

Sehr geehrte Damen, Sehr geehrte Frau Wohler und Frau Kloss, danke für die Einladung zu Ihrem Zusammentreffen beim FrauenFrühstück , der ich im Namen der Landesspr. der GB gern gefolgt bin.

Sie sind hier zusammen gekommen , um neue Impulse für die Frauenpolitik in Nds. zu entwickeln und baten mich, einen Einblick in unsere Arbeit als GB zu geben , um die Themen besser kennen zulernen und mögliche gemeinsame Schnittpunkte mit der Iag zu finden .

Das tue ich gern und wir würden uns freuen, wenn tatsächlich eine intensivere Zusammenarbeit möglich wäre im Sinne der Frauen in Nds.

Ich werde kurz über einige Hintergründe unserer Arbeit referieren und sodann unsere Hauptthemenfelder benennen. Und Sie werden sehen – das zeigte mir ein Blick auf die Internetseiten des Sozialverbandes – unsere Schnittmengen sind groß, unsere Auffassungen gerade zur Sozialpolitik sehr ähnlich.

**Mein erstes Thema lautet:**

### **Vom Tabubruch zum Gesetz**

Die Frauenpolitik hat sich entscheidend gewandelt. Ging es in der Aufbruchzeit der Frauenbewegung vor 30 Jahren noch vor allem darum, Missstände deutlich beim Namen zu nennen und Tabuthemen wie beispielsweise Gewalt gegen Frauen aus der Zone des Verschweigens und Verdrängens herauszuholen, ist Frauenpolitik inzwischen institutionalisiert.

Gesetze, Richtlinien und Quotenregelungen sollen die Teilhabe von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sicherstellen. Viele frauenpolitische Forderungen sind vom Anklagen über das Einklagen in konkretes Handeln umgesetzt worden.

So weit – so gut – oder auch schlecht.

### **Und mein 2. Thema: das Gender Mainstreaming**

Zur Zeit konzentrieren sich die Kräfte überwiegend darauf, Frauenpolitik in alle Politikfelder und Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu integrieren. Noch ist der Anspruch nicht durchgesetzt, dass alle

Ressourcen unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit verteilt werden müssen.

Unter dem Begriff "Gender Mainstreaming" wird das Ziel verfolgt, eine geschlechterbezogene Sichtweise als durchgängiges Leitprinzip für die gleichberechtigte Lebensgestaltung und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität aus der Perspektive von Mädchen/ Frauen und Jungen/ Männern durchzusetzen.

Viele meiner Kolleginnen vor Ort widmen sich diesem Thema, viele haben Erfolg, aber oft ist es auch ein „zähes Brot“. Bsp. Wolfsburg und Peine...

Dazu kommt: Mit diesem ernsthaften Ansatz ist jedoch auch die Gefahr verbunden, Frauenpolitik als eigenständiges gesellschaftspolitisches Anliegen mehr und mehr zu vernachlässigen.

Doch es lässt sich bundesweit beobachten, dass die Familienpolitik - ähnlich wie in den 50er Jahren - parteienübergreifend an enormer Bedeutung gewinnt.

Es mutet mitunter wie ein Wettlauf mit der Zeit an, wer denn gerade die besseren Ideen in Sachen Familienpolitik hat. – Fast jede Woche wird da eine neue „Sau“ durch Dorf getrieben – wie wir auf dem Lande so ganz platt und doch zutreffend sagen!

Besorgniserregend ist dabei, dass offensichtlich nur ein einziger, wenn auch elementarer Teil der Lebenswirklichkeit von Frauen zur Kenntnis genommen wird – nämlich die Fähigkeit zum Kinder kriegen – Stichwort: Demographiedebatte....

Für uns als GB stellt sich die Lage aber ganz anders da – und da sind wir uns hier auch sicher einig:

### **Unsere These ist: Es gibt nicht nur ein Lebensmodell!**

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros in Niedersachsen steht fest:

„Frauenpolitik ist weit mehr als Familienpolitik.

Familie ist nicht das einzige Lebensmodell.

Es ist nicht für alle Frauen lebensprägend und vor allem nicht ein Leben lang.“

Selbstverständlich begrüßt die LAG eine offensive Familienpolitik, wenn sie mit einer quantitativen und qualitativen Ausweitung von Kinderbetreuungsangeboten einhergeht.

Sie verbindet damit aber auch die Forderung nach einer gleichzeitigen frauenpolitischen Offensive, denn sonst wird dem Ziel der Gleichberechtigung nicht gedient.

Und wie sieht unsere Arbeit konkret aus – Abweichungen vor Ort sind durchaus gegeben, jede hat ihre eigenen Schwerpunkte, aber grundsätzlich gibt es für die GB :

## Drei Leitziele

Im Sinne der vorrangigen Aufgabe "Frauenpolitik sichtbar, attraktiv und akzeptiert machen" hat die Vollversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros drei Leitziele für moderne Frauenpolitik formuliert.

Die LAG verfolgt damit das Anliegen, die Qualität von Frauenpolitik einzufordern, sichtbar und messbar zu machen.

### **I. Einfluss, Arbeit und Geld zwischen Frauen und Männern gerecht verteilen**

In allen politischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Funktionen - ehrenamtlichen oder hauptamtlichen - müssen Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sein und gleichberechtigt Einfluss nehmen.

„Eine Kanzlerin macht noch keinen Sommer – so darf frau diese Forderung einmal untertiteln...

Weltweit gibt es 2 Hände voll weibliche Regierungschefs – bei wie viel Hundert Staaten – na zählen Sie mal durch! Und die Französin hat sich leider nicht durchsetzen können. Und der G8-Gipfel – sicher hat Frau Merkel eine gute Position, aber wer entscheidet? Politik ist hier sehr männlich...

In der amtierenden Bundesregierung sind von 16 Kabinettsmitgliedern 6 (37,5 %) Frauen.

Heute gibt es in Deutschland keine Ministerpräsidentin mehr, deutsche Großstädte werden zu etwa 10 % von einer Oberbürgermeisterin regiert.

Und auch der Landesvorstand des Sozialverbandes in Niedersachsen weist nach einem Blick auf Ihre Internetseite folgendes Bild auf:

\* im Vorstand: 6 Männer, 3 Frauen.

\* Hauptberufler in der Geschäftsführung: 2 Männer.

\* Im Beirat: 6 Männer , 4 Frauen – also zur Parität ist es auch hier noch ein weiter Weg.

Und: Mädchen haben in punkto Bildung aufgeholt, bleiben dann aber an der „gläsernen Decke“ hängen, wenn sie später Karriere machen wollen. Männer wissen das, machen in allen gesellschaftlichen Bereichen auch darauf aufmerksam, wenn sie „moderne“ Männer sind – und was ändert sich?

### **Was muss sich ändern?**

Erwerbsarbeit, häusliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement sind zu gleichen Teilen von Frauen und Männern zu leisten. Politik und Wirtschaft haben die Grundlagen für eine eigenständige und Existenz sichernde Erwerbstätigkeit von Frauen zu schaffen.

Ich schaue da nur auf die Bewertung von Frauenarbeitsplätzen – und ich sage Ihnen sicher nichts Neues, wenn ich fest stelle , dass Frauenarbeit unterbewertet ist und das sich das dringend ändern muss! (*Bsp. hier TVöD-Verhandlungen um Eingruppierung...*)

Frauen müssen über Mittel und Möglichkeiten verfügen, um alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verantwortlich und gleichberechtigt mitgestalten zu können. Deswegen ist es erforderlich, alle Budgets auf ihre Genderfähigkeit zu überprüfen.

Das versuchen Kolleginnen in den Kommunen – und wenn sie nur einmal auf die Verteilung des nicht geringen Etats beim MI für Sport sehen und dann die Verteilung anschauen, werde Sie merken, dass Frauensport weniger finanziell wert ist als Männersport.

Noch ist dieses Ziel lange nicht erreicht: Grundlage für diesen Umgang mit fehlender Gleichstellung scheint die Sichtweise zu sein, die weibliche Hälfte der Menschheit wäre so etwas wie eine etwas überdimensionierte Problemgruppe, die in irgendeiner Weise unterstützt, betreut oder

irgendwie behandelt werden müßte, damit diese hartnäckigen Phänomene der Benachteiligung ein Ende nehmen.

Es fehlt das allgemeine Bewußtsein, daß die mangelnde Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenssituationen von Frauen und Männern in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ein gesamtgesellschaftliches Problem ist!

Grundsätzlich gilt: Zur Erreichung dieses Ziels muss ein gesellschaftlicher Konsens über ein Leitbild ohne männliche und weibliche Rollenzuschreibungen gefunden werden.

Es muss sowohl Frauen als auch Männern ermöglichen, ihr Leben nach ihren persönlichen Vorstellungen zu formen. Dieses neue Leitbild kann nur Wirklichkeit werden, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen, aber auch die Medien als Mittler und Urheber der öffentlichen Meinung daran mitwirken. Solange diese Diskussion in der „Frauenecke“ bleibt“, wird sich das nicht ändern.

Unser 2. Leitziel heisst:

## **II. Die Vielfalt weiblicher Lebensmodelle muß anerkannt und gefördert werden**

Frauen müssen in ihrer Unterschiedlichkeit (Alter, Nationalität, Handicap) respektiert und wertgeschätzt werden. Diskriminierung ist zu sanktionieren. Für die Erreichung des Ziels, die gesellschaftliche Anerkennung für die Pluralität weiblicher Lebensmodelle zu erwirken, trägt jede Frau eine Mitverantwortung.

Meine Damen, sie wissen auch das:

Die Biographien von Frauen lassen sich schon lange nicht mehr nur auf ein einziges Lebensmodell festlegen, weder in der gesellschaftlichen Realität noch in der individuellen Planung.

Auch **ein** Leben reicht für mehrere Modelle, die "hintereinander“ gelebt werden. Frauen müssen deswegen frei darüber entscheiden können, wie sie leben wollen. Mit oder ohne Partnerin oder Partner, generationsübergreifend, mit mehreren Personen oder allein.

Sie sagen, das ist doch schon so? Werfen wir einen Blick auf die Realität, dann sieht das leider anders aus:

Um Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist es erforderlich, jedes Modell eigenständig finanziell abzusichern, im rechtlichen Sinn gleich zu stellen und durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Hierzu gehören beispielsweise: die Verbesserung des Lebenspartnerschaftsgesetzes hinsichtlich Adoption, die Schaffung von flexiblen Lebensarbeitszeit-Modellen, die Förderung neuer Wohnformen und die Schaffung von flexiblen Modellen für die Kinderbetreuung.

Und auch die Frauen mit z.B. einer körperlichen Behinderung wissen ein Lied davon zu singen, wie es mit Gleichstellung und selbst bestimmtem Leben ist. Sie sind häufig doppelt diskriminiert.

Grundsätzlich gilt:

Kein Lebensmodell darf diskriminiert werden.

Und unser drittes Ziel heisst:

### **III. Unversehrtheit und Recht auf Selbstbestimmung ist Frauen und Mädchen zu garantieren**

Mädchen und Frauen müssen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit frei bewegen können. Und ich sage hier ganz deutlich: das gilt auch für muslimische Frauen und Mädchen! Ich muss hier nicht auf Themen wie Zwangsheirat oder erhöhten Gewaltanteil in musl. Familien eingehen, sie haben das sicher oft genug in der Presse gelesen.

Weder in der Öffentlichkeit noch in privaten Räumen dürfen Frauen und Mädchen Gefahren durch Übergriffe, Anmache und Gewalt drohen. Deswegen muss Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geahndet und geächtet werden.

Gewaltopfer haben Anspruch auf Hilfe und Unterstützung. Das gilt auch für Ausländerinnen, deren geschlechtsspezifische Verfolgung im Heimatland als Asylgrund in Deutschland Anerkennung finden muss.

Schon in den Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen ist dafür zu sorgen, dass Mädchen und Jungen sich selbstbewusst und tolerant begegnen. In Gewaltprävention geschulte Erwachsene müssen ihnen vermitteln, Gewalttätigkeiten zu verachten und entschlossen dagegen vorzugehen. Zur Förderung der Selbstbehauptung und der Selbstverteidigung von Frauen und Mädchen müssen flächendeckend kostenlose Kurse angeboten werden.

Auch in anderen Lebensbereichen muss die körperliche, geistige und seelische Unversehrtheit von Frauen und Mädchen sowie ihr Recht auf Selbstbestimmung geschützt und gestützt werden.

Insbesondere ist es erforderlich, Beratungs- und Anlaufstellen für Frauen (zu Themen wie Gewaltschutz, Gesundheit, Finanzen, Mobbing, Trennung, Lebensplanung) flächendeckend anzubieten und finanziell abzusichern.

Hier haben die GBs im ganzen Land intensiv und erfolgreich gearbeitet – und nicht zuletzt deswegen gibt es überall im Land BISS-Beratungsstellen zur Intervention bei Polizeieinsatz und seit kurzem neue Gewaltberatungsstellen wie in meinem Landkreis Gifhorn.

Durch gesundheitspolitische Maßnahmen muss die geschlechtsdifferenzierte Forschung und Diagnostik in Medizin und Pharmazie vorangetrieben werden. Von den Krankenkassen wird erwartet, dass sie die Vernetzung aller Facheinrichtungen, Fachorganisationen und Fachkräfte fördern, die sich des Themas Frauengesundheit annehmen.

Und es ist ein Skandal, dass nur in einigen wenigen Bereichen erkannt wurde, dass Frauen nicht „kleine Männer“ sind, sondern ein Frauenkörper anders funktioniert und daher einer andere Behandlung bedarf.

Auch hieran arbeiten viele GBs in den Kommunen und bundesweit.

Frauen dürfen kein Objekt sein und erst recht keine Ware. Deswegen muss jede Vermarktung des weiblichen Körpers zu Werbezwecken und auch jede Vermarktung von Frauen zum Zwecke von Heirat, Prostitution oder sonstigen ihre Würde verachtenden Zielen kompromisslos geahndet und empfindlich bestraft werden.

Sie haben sicher die Kampagne gegen Zwangsprostitution verfolgt, die die lag zusammen mit dem LFR anlässlich der Fußball WM durchgeführt hat. Ein voller Erfolg!

Grundsätzlich gilt: Alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft haben auf allen Ebenen und überparteilich zusammenzuarbeiten, um die Freiheit, Sicherheit und Würde von Frauen und Mädchen zu garantieren.

Übrigens: für die lag existiert eine überaus erfolgreiche Vernetzung mit den Frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen und dem LFR. Regelmäßige Treffen und der kurze Draht über Telefon und Internet garantieren eine hervorragende Zusammenarbeit im Sine der Frauen in Nds. – über alle Parteigrenzen hinweg!

Ich komme nun zum Abschluß. Sie haben sicher gemerkt, meine Damen, dass wir viele Schnittstellen haben! Und was stellen wir uns für die Zukunft vor?:

### **Bündnis für Gleichberechtigung**

Unsere Ziele sind für uns – und viele andere Frauenverbände - handlungsleitend für eine moderne Frauenpolitik.

Aber: Neben den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind weitere Akteurinnen und Akteure erforderlich, die sich für die Umsetzung dieser Leitsätze engagieren.

Die **lag** kommunaler Frauenbüros Niedersachsen regt deshalb ein „**Bündnis für Gleichberechtigung**“ an.

Wir laden alle Frauenverbände ein, hier zusammen zu arbeiten – und: es würde uns freuen, wenn auch Männer sich diesem Bündnis anschließen würden.

Christine Gehrman  
Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Gifhorn  
Sprecherin der komm. Gleichstellungsbeauftragten in Nds.  
Schloßplatz 1  
38518 Gifhorn

---